vinetur

Geplantes US-Verbot für Hanf-THC bedroht wachsendes Getränkeangebot von Brauereien

Brauereien in Minnesota, Illinois und Wisconsin zufolge würde die ab 11. Dezember geltende Grenze von 0,4 Milligramm pro Behältnis die meisten Produkte vom Markt verdrängen

Sonntag, 22. November 2026



Ein US-weites Verbot der meisten THC-Produkte aus Hanf soll am 11. Dezember in Kraft treten. Es bedroht ein schnell wachsendes Getränkegeschäft, das Brauereien in Minnesota, Illinois und Wisconsin zufolge zu einer wichtigen Einnahmequelle geworden

ist – zu einer Zeit, in der der Alkoholkonsum sinkt und sich die Vorlieben der Verbraucher verändern.

Nach der bundesweiten Neuregelung dürften hanfbasierte Produkte mit mehr als 0,4 Milligramm THC pro Behältnis nicht mehr verkauft werden. Führungskräfte aus Brauereien sagen, der Grenzwert sei so niedrig, dass damit die meisten THC-haltigen Sprudel- und Erfrischungsgetränke vom Markt verschwinden würden, die derzeit über Ausschankräume, Einzelhandel und den Großhandel verkauft werden.

Besonders wichtig ist das Thema für Getränkehersteller, die mit THC-Getränken ihr Angebot über Bier hinaus diversifiziert haben. Viele Brauereien verfügen bereits über Dosenabfüllanlagen, Produktionspersonal und Vertriebsbeziehungen. Hanfgetränke bieten ihnen daher die Möglichkeit, vorhandene Kapazitäten zu nutzen, während der Craft-Bier-Absatz durch eine schwächere Nachfrage und höhere Kosten unter Druck steht.

Bent Paddle Brewing Co. aus Duluth im Bundesstaat Minnesota zufolge entfallen rund 40 % des Geschäfts auf THC-Getränke. Pepin Young, der Leiter der Geschäftsentwicklung des Unternehmens, bezeichnete ein bundesweites Verbot nach jahrelangen Investitionen in Personal, Anlagen, Produktion und Vertrieb als „verheerend“. Young, der auch im Vorstand der Minnesota Hemp Beverage Producers sitzt, sagte, die Obergrenze von 0,4 Milligramm würde die derzeit vom Unternehmen hergestellten und verkauften Produkte praktisch vollständig vom Markt nehmen.

Marz Community Brewing Co. aus Chicago erklärte, die Änderungen auf Ebene des Bundesstaats Illinois im November hätten bereits gezeigt, wie solche Verluste aussehen können. Mitgründer Ed Marszewski sagte, die Brauerei, die 2014 als Craft-Bier-Hersteller an den Start ging, sei auf THC-Sprudelgetränke umgestiegen, nachdem Einzelhändler und Kunden nach einer Alternative zu Alkohol gefragt hatten. Das Unternehmen habe nicht erwartet, dass die Kategorie so schnell wachsen würde.

Nach Inkrafttreten der Änderungen in Illinois habe Marz mehr als 50 % seiner Großhandelseinnahmen verloren, sagte Marszewski. Das Unternehmen habe die Arbeitsstunden der Beschäftigten gekürzt, mehrere Mitarbeiter entlassen und sowohl im Großhandel als auch beim Direktverkauf vor Ort erhebliche Einbußen erlitten. Fox

Chicago berichtete außerdem, Craig Katz von der Illinois Healthy Alternatives Association habe gesagt, eine Gerichtsentscheidung im Zusammenhang mit den Beschränkungen in Illinois betreffe fast 300 Unternehmen, die von seinem Verband vertreten werden.

Auch Sprecher, das Getränkeunternehmen aus Glendale in Wisconsin, das für seine Craft-Limonaden und sein Bier bekannt ist, hat nach eigenen Angaben in diese Kategorie investiert. Das Unternehmen verkauft vier THC-Erfrischungsgetränke aus Hanf, die jeweils 10 Milligramm THC enthalten – deutlich mehr als der geplante bundesweite Grenzwert. Geschäftsführer Sharad Chadha sagte, die Regelung würde den Verkauf dieser Produkte über die derzeitigen Vertriebskanäle praktisch unmöglich machen. Sprecher habe im Rahmen der geltenden Rechtslage in Produktentwicklung, Herstellung, Compliance und Vertrieb investiert.

Chadha zufolge machen THC-Getränke zwar noch einen relativ kleinen Teil des Gesamtgeschäfts von Sprecher aus, er sieht in der Kategorie jedoch großes Wachstumspotenzial. Sie habe Brauereien und anderen Getränkeherstellern die Möglichkeit eröffnet, Innovationen voranzutreiben und den Rückgang des Bierkonsums auszugleichen. Die Folgen eines Verbots würden sich zudem nicht auf Brauereien beschränken, sondern auch Labore, Hanfverarbeiter, Extraktionsbetriebe, Zutatenlieferanten, Verpackungsunternehmen, Transportunternehmen, Großhändler und Einzelhändler treffen, die ihr Geschäft auf Produkte aus Hanf aufgebaut haben.

Der heutige Markt entwickelte sich auf Grundlage des Farm Bill von 2018, der Industriehanf legalisierte und Hanf sowie bestimmte Cannabisderivate mit niedrigem THC-Gehalt aus der bundesweiten Definition von Marihuana herausnahm. Damit entstand die Grundlage für einen nationalen Markt für hanfbasierte Sprudelgetränke, Limonaden, Gummibonbons und andere Produkte, die eine berauschende Wirkung haben können. Der Wert der Hanfindustrie wird inzwischen auf 38,7 Milliarden US-Dollar geschätzt.

Kritiker des Marktes sagen, die Gesetzesänderung habe zugleich eine Schlupflücke geschaffen, durch die sich schlecht regulierte Produkte rasch verbreiten konnten. Sie äußern Bedenken wegen uneinheitlicher Standards, des Zugangs für Jugendliche und

von Nachahmerprodukten, die gewöhnlichen Süßigkeiten und Snacks ähneln. 2024 warnte Samuel Levine, der damalige Leiter des Bureau of Consumer Protection der Federal Trade Commission, essbare THC-Produkte, die wie bekannte Snackprodukte gestaltet seien, brächten kleine Kinder in Gefahr.

Einige Bundesstaaten erließen später eigene Vorschriften für Hanfprodukte, doch damit wurde die Frage auf nationaler Ebene nicht geklärt. Wie die Associated Press berichtete, unterstützte Senator Mitch McConnell, Republikaner aus Kentucky, der maßgeblich an der Legalisierung von Hanf 2018 mitgewirkt hatte, später Bestrebungen, die von Kritikern so bezeichnete Hanf-Schlupflücke zu schließen. Die derzeitige bundesweite Beschränkung geht auf ein 2025 verabschiedetes Gesetz zurück und soll am 11. Dezember in Kraft treten, sofern der Kongress das Gesetz nicht ändert.

Die Frist hat auf dem Capitol Hill eine letzte intensive Lobbyrunde ausgelöst. Die Senatoren Amy Klobuchar, Demokratin aus Minnesota, und Tim Sheehy, Republikaner aus Montana, haben den Hemp Guardrails Act eingebracht. Nach ihren Angaben soll er Hanfprodukte in den Verkaufsregalen halten und zugleich strengere Vorschriften einführen. Den Unterstützern des Gesetzentwurfs zufolge würde die Vorlage den Verkauf auf Personen ab 21 Jahren beschränken, irreführende Nachahmerwerbung verbieten und synthetische Produkte untersagen, die mitunter als „Tankstellen-Gras“ verkauft werden.

Klobuchar argumentiert, ein pauschales Verbot würde Landwirten, Brauereien und kleinen Unternehmen schaden. Young von Bent Paddle bezeichnete den Vorschlag als ermutigend und forderte die Abgeordneten auf, weiter nach einem seiner Ansicht nach vernünftigen Weg für Unternehmen zu suchen, die bereits in dem Markt tätig sind.

Der Widerstand bleibt groß. Senator Ted Budd, Republikaner aus North Carolina, sagte, der Kongress habe bereits beschlossen, die Hanf-Schlupflücke zu schließen. Er solle keinen neuen Regulierungsrahmen für Produkte schaffen, die seiner Ansicht nach abhängig machten und Kinder gefährdeten.

Der Zeitplan lässt kaum Spielraum für einen Kompromiss. Wegen der Thanksgiving-Pause bleiben dem Kongress nur wenige Arbeitstage bis zum 11. Dezember. Am selben Tag läuft zudem eine Frist für die Finanzierung der Bundesregierung ab. Damit besteht

gleich in zweifacher Hinsicht Handlungsdruck: Die Hanfbeschränkungen könnten wie vorgesehen in Kraft treten, während ihre Unterstützer versuchen könnten, eine Regelung zu Hanf an ein umfassenderes Ausgabengesetz zum Jahresende anzuhängen.

Für Getränkeunternehmen, die in den Markt für THC-Getränke eingestiegen sind, steht viel auf dem Spiel. Marszewski sagte, Marz sei in den Markt gegangen, weil Erwachsene ein Getränk ohne Alkohol wollten. Chadha zufolge haben Brauereien die Kategorie genutzt, um sich in einer schwierigen Phase für Bier breiter aufzustellen. Young sagte, Bent Paddle habe auf Grundlage von Vorschriften, von deren Fortbestand die Unternehmen lange genug für eine Rechtfertigung ihrer Investitionen ausgegangen seien, ein beträchtliches Geschäft mit diesen Produkten aufgebaut. Während die Verhandlungen zum Jahresende in Washington weitergehen, drängen die Unternehmen die Abgeordneten, den Markt zu regulieren, statt ihn zu schließen.